

Regensburg, 14. Juli 2017, Ergänzung 18. Juni 2025

Beschluss: Für eine glaubwürdige Politik und eine transparente Spendenpraxis!

In diesem Antrag stellen wir unsere Grundsätze zum Umgang mit Spenden dar. Dabei orientieren wir uns an dem auf Bundes- und Landesebene verfassten Spendenkodex, dessen folgende Aussagen für uns bindend sind:

- Die Spenden beruhen auf dem Prinzip der freiwilligen Zahlung. Gegenleistungen sind ausgeschlossen.
- Wir treten ein für die Transparenz der Parteifinanzen und die Verbesserung des Parteiengesetzes.
- Wir setzen die Grenzen der Spendeneinwerbung dort, wo moralische und grundsätzliche politische Positionen unserer Partei berührt werden.
- Über die Annahme von Spenden entscheidet der jeweilige Parteivorstand. Bei Spenden an Kreis- und Ortsverbände ab 1000,00 Euro informieren wir den Landesschatzmeister.
- Wir nehmen nur Spenden direkt von Spender*innen an, ohne Umweg über Konten Dritter.

Unsere Forderungen auf Bundesebene zur Verbesserung des Parteiengesetzes:

- Wie fordern eine Absenkung der Veröffentlichungsgrenzen für Parteispenden (derzeit 10.000 Euro).
- Wir wollen eine Veröffentlichungspflicht, auch für das Parteiensponsoring.
- Wir wollen Höchstsummen für private Spenden an Parteien festlegen.

Auf Stadtverbandsebene legen wir fest:

- Auf unserer Stadtversammlung stimmen wir die Etats, inklusive der Wahlkampfetats, ab.
- Spenden von natürlichen oder juristischen Personen, die nicht Mitglied von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind, veröffentlichen wir ab einer Höhe von 5000€ unter Nennung des Namens auf unserer Website. Spendet die natürliche oder juristische Person mehrere Beträge innerhalb eines Kalenderjahres, so gilt dies für die Summe dieser Spenden, sobald sie 5000€ übersteigt.

Unsere Forderungen und Ziele für Regensburg:

- Wir wollen eine vollständige Stadtspitze, darum sind baldige Neuwahlen für das Amt der*des Oberbürgermeister*in wünschenswert.
- Wir fordern eine lückenlose Aufklärung verdächtiger Handlungen, auch derer, die schon in zurückliegenden Legislaturperioden stattgefunden haben.
- Wir fordern die Abschaffung der beschließenden Ausschüsse in Aufsichtsräten und
- die Einführung des Systems der sozialen Bodennutzung in Regensburg, damit es eine klare, transparente und einheitliche Regelung für städtebauliche Verträge gibt, wie unsere Stadtratsfraktion bereits in die politische Debatte eingebracht hat, um die Transparenz politischer Entscheidungen zu erhöhen.

Wir begrüßen die im Stadtrat beschlossene interne Aufarbeitung, bei der verschiedene Organisationen wie z. B. der Bayerische Kommunale Prüfungsverband, das Rechnungsprüfungsamt, Transparency International, eine einschlägige Hochschule, eine Compliance-Kanzlei hinzugezogen werden sollen und fordern, diese mit Nachdruck zu verfolgen.

Wir Grüne stehen für eine transparente und glaubwürdige Politik und setzen uns dafür ein, in Regensburg wie auf Bundesebene.